

# Früherkennungsuntersuchung und Zentralregister

„Kind halbverhungert in Wohnung gefunden“, „Baby lag verwaht im Bettchen“, „Vom Onkel mehrfach mißbraucht“ - Schlagzeilen wie diese werden uns Woche für Woche von den Medien serviert. Berichterstatter und Kameralleute toben sich aus; Außenstehende sind zu Recht immer wieder entsetzt, was auf Politiker ebenso zutreffen mag.

Bemühen sich die führenden Vertreter der Altparteien aber auch um nachhaltige Gesetze? Pustekuchen! Stattdessen üben sie sich immer wieder in Lippenbekenntnissen.

## Richtungsweisender Gesetzesantrag

„Jetzt reicht's!“, sagten sich die NPD-Landtagsabgeordneten. Sie erarbeiteten einen Gesetzentwurf: Früherkennungs-Untersuchungen für Kinder bis zum Schuleintrittsalter sollen zur Pflicht werden, so der Kernsatz. Fälle von Vernachlässigung und Fehlentwicklung sollen so besser erkannt werden können.

Die Blockparteien lehnten den Entwurf ab – natürlich, weil er von der NPD eingebracht worden war. Mit 56 Stimmen (bei 6 Gegenstimmen der NPD) wurde eine Überweisung des Vorschlags in die Fachausschüsse verweigert.

*Die selbsternannten Demokraten von CDU/FPD/SPD mögen sich im stillen Kämmerlein auf die Schulter geklopft haben - dem Volk helfen Albernheiten wie diese nicht weiter.*

Mehr noch: Der SPD-Abgeordnete Nieszery entblödete sich nicht, der NPD vorzuwerfen, ein „Plagiat“ eingebracht zu haben: Der Entwurf stamme aus dem Landtag des Saarlandes. Dumm nur, daß die NPD dies zuvor nie bestritten hatte. Übrigens: Die saarländische Regelung über eine Pflichtuntersuchung fand seinerzeit einstimmige Annahme.

Die NPD-Mannschaft zeigte mit ihrer Haltung erneut: Ihr geht's ums Volkswohl und nicht um die Verstrickung ins Parteiengezänk, das die Bürgerinnen und Bürger langsam aber sicher anödet.

Stefan Köster, Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion:

„Bei den anderen Parteien herrscht eine regelrechte Diskussionsverweigerung – es könnte aber auch Ideenlosigkeit sein, wie man solchen Problemen rechtzeitig begegnen ..., wie man Kinder besser schützen und Eltern bei ihrer Erziehungsarbeit besser unterstützen kann. Wenn die Parteien sich ... mit Ausnahme der NPD darüber einig waren, daß eine Willensbekundung durch eine Bundesratsinitiative für das Kindeswohl ausreichend ist, dann ist diese vereinte Blockadehaltung ein Ausdruck der Ignoranz für das Problem Kindesmißbrauch und Vernachlässigung. Für die NPD-Fraktion hat das Kindeswohl weiterhin Vorrang!“



## Unterstützung für die Jugendarbeit

Seelische und körperliche Unversehrtheit? Viele Zeitgenossen denken da unwillkürlich an Sexualstraftäter. Als „geheilt“ entlassen, befinden sie sich bald schon wieder auf menschenzerstörender Pirsch.

Ausgehend von dieser nicht nachzuvollziehenden Tatsache stellte die NPD-Mannschaft im Landtag einen entsprechenden Antrag: „Einrichtung eines Zentralregisters für Sexualstraftäter“. Es soll jenen helfen, die in Beruf oder Freizeit mit Kindern und Heranwachsenden zu tun haben.

In der Antragsbegründung heißt es dazu: „Es ist sicherzustellen, daß die Verantwortlichen in Sportvereinen, bei den Jugend-Feuerwehren und in anderen Organisationen, welche mit Kinder- und Jugendarbeit betraut sind, mit dem Zugriff auf ein solches Zentralregister prüfen können, ob Mitarbeiter und Bewerber für die Jugendarbeit in dieser Datenbank registriert sind.“

Auch dieser Antrag wurde von den Blockparteien abgeschmettert – die NPD kämpft indes weiter für den Schutz unserer Kinder!

## Keine Antwort ist auch eine Antwort

Der Antrag war von der NPD-Fraktion durch mehrere Kleine Anfragen vorbereitet worden. So erkundigte sich der Abgeordnete Stefan Köster (Drucksache 5/261, 26. März 2007) nach der gemeldeten Zahl vorbestrafter Kinderschänder in Mecklenburg-Vorpommern. Antwort der Landesregierung: „Für die bezeichneten Straftäter besteht keine besondere Meldepflicht.“

Und: Wurden die für Rückfalltaten verantwortlichen Therapeuten zur Rechenschaft gezogen? Antwort: „Eine regelmäßige Erhebung rückfallstatistischer Daten findet nicht statt. Die sachverständige Einschätzung zum Erfolg einer Therapie und zur Rückfallprognose dient der richterlichen Entscheidungsfindung; sie ist nicht von strafrechtlicher Relevanz.“ – Mit anderen Worten: Therapeuten können derzeit nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Gibt es eine sogenannte Dunkelziffer zum sexuellen Mißbrauch? Antwort: „Erkenntnisse zur Dunkelziffer der Fälle von sexuellem Mißbrauch von Kindern und/oder Jugendlichen liegen der Landesregierung nicht vor.“

Plant die Landesregierung Initiativen zur Verschärfung des Strafrechts auf Bundesratsebene und wenn ja, welche? Antwort: Nein.

Und dennoch: Mögen die Herrschenden noch tausendmal Nein sagen, die NPD kämpft für den Schutz unserer Kinder unbeirrt weiter!

**Liebe Landsleute!**



**Tino Müller, MdL**  
stellv. Fraktionsvorsitzender

„Schäuble will im Zuge der ‚Terrorbekämpfung‘ die Überwachungsmöglichkeiten verschärfen; Sexualstraftäter dagegen dürfen in keinem Zentralregister erfaßt werden – die Schiefelage des Staates BRD zeigt sich auch hier!“

Einrichtung eines Zentralregisters für Sexualstraftäter - die im Landtag darüber geführte Debatte kam für die Blockparteien erneut einem Offenbarungseid gleich. Ich kann nicht verstehen, warum man dort die Auffassung vertritt, die Registrierung jener Kategorie von vorbestraften Tätern sei völlig ausreichend. Die jüngsten Fälle von sexuellem Mißbrauch konnten ja gerade deshalb passieren, weil die sattem Bekannten eben nicht ausreichend erfaßt worden waren. Was für ein Verantwortungsbewußtsein müssen Abgeordnete haben, die aus rein ideologischen Gründen nicht bereit sind, über Schutzmaßnahmen für unseren Nachwuchs zu diskutieren ...

Einerseits soll es CDU-Plänen zufolge bedenkenlos möglich sein, hierzulande einen Schnüffler- und Polizeistaat zu errichten, in dem bei unbescholtenen Landsleuten einfach mal so Untersuchungen der Rechner durchgeführt werden können. Andererseits weigert man sich bei Perversen, ihnen – aus datenschutzrechtlichen Gründen(!) - das Handwerk zu legen.

Wir kämpfen auch künftig entschlossen für den Schutz von Volk und Familie. Ein Zentralregister für Sexualtäter gehört ohne Wenn und Aber dazu!

Ihr Tino Müller

## SCHREIBEN SIE UNS

Vertrauen Sie nicht länger den systemkonformen Nachrichten aus Funk und Fernsehen – informieren Sie sich aus erster Hand über die Arbeit der NPD-Fraktion im Landtag. Wir haben ein Ohr für Ihre Probleme, Sorgen und Nöte – denn unser Motto lautet: Aus dem Volk – für das Volk!

**Arbeiten wir gemeinsam an einer ernsthaften und volkssorientierten Gestaltung unserer Zukunft!**

## Info-Gutschein

Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Info-Paket zu.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

ePost

Telefon

Jahrgang

**NPD-Fraktion, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin**

**0385 - 525 13 22**

**0385 - 525 13 21**

**info@npd-fraktion**

**www.npd-fraktion-mv.de**

**Schützt endlich unsere Kinder!**

